



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/18

21. Januar 1950

Dieser Beitrag ist im Hinblick auf
die Tagung des Verwaltungsrates des
NWDR in Hannover besonders aktuell.
D.Red.

Mit öffentlichen Geldern

.....
Von Jürgen F. Warner

Als im Sommer des vergangenen Jahres die Öffentlichkeit von der Mitteilung überrascht wurde, ein früherer Angestellter sei für den NWDR eine Ausfallbürgschaft von 500.000.--DM zu Gunsten einer Göttinger Filagesellschaft eingegangen, konnte man erwarten, daß die verantwortlichen Organe des NWDR unverzüglich alles Erforderliche unternehmen würden, um die ihnen anvertrauten Hörergebühren vor diesem drohenden Verlust zu bewahren. Aber erst in diesen Tagen, nachdem lange Monate seit den Bekanntwerden der Angelegenheit vergangen sind, gibt Herr Prof. Raskop, als Vorsitzender des NWDR Verwaltungsrates, bekannt, daß z.Zt. Untersuchungen laufen, ob der NWDR verpflichtet sei, die Bürgschaftssumme zu zahlen. Gleichzeitig verblüffte er die Hörer mit der Mitteilung, 54.000 DM ihrer Rundfunkgebühren seien zum Ausbau der "Insel", eines Hamburger Künstlerlokals, zur Verfügung gestellt worden. Zur Erklärung dieser befreundenden Großzügigkeit wurde auf Kompetenzschwierigkeiten verwiesen, die in der Zeit der Übergabe des NWDR in deutsche Hände bestanden hätten.

Es ist erfreulich, angesichts dieser Vorkommnisse wenigstens feststellen zu können, daß weder der Generaldirektor Dr. Grimm noch Mitglieder des Verwaltungsrates für diese großzügige Verwendung von Rundfunkgebühren verantwortlich waren, sondern dass diese Transaktionen durchgeführt wurden, als der NWDR noch unter britischer Leitung stand. Andererseits sind seit dieser Übergabe immerhin bald 15 Monate vergangen, und seitdem man zuerst von der Ausfallbürgschaft hörte, ging ein rundes halbes Jahr ins Land. Was ist in dieser Zeit geschehen, um die gefährdeten Gelder zu retten, um die Verantwortlichen haftbar zu machen?

Die Generaldirektion des NWDR, die die laufenden Ge-

schäfte führt, verfügt über einen Stab geschulter Juristen und Verwaltungsfachleute, die Tätigkeit dieser Generaldirektion wiederum wird von einem Verwaltungsrat kontrolliert, dessen ehrenamtliche Mitglieder sich auf allmonatlichen Tagungen mit allen wichtigen Fragen zu befassen haben. Prof. Raskop, als Vorsitzender des Verwaltungsrats, betrachtet mit einem Eifer, der über das in den Rundfunkstatuten vorgesehene Maß weit hinausgeht, diese Tätigkeit sogar als seinen Hauptberuf. Er lässt sich frohlich auch für seine Wirksamkeit, die er bis auf die Beeinflussung unbedeutendster Verwaltungsmaßnahmen ausdehnt, vom NWDR mit Geld und Sachbezügen entschädigen, die ihn zu einem der höchst-bezahlten Männer der Bundesrepublik machen.

Soviel Eifer, und dann dies Ergebnis? Womit hatten sich Prof. Raskop und der ganze kostentwärtige Führungsapparat des NWDR in den letzten Monaten dringlicher zu beschäftigen, als mit dem Bemühen, mehr als eine halbe Million leichtfertig aufs Spiel gesetzter Hörergebühren für ihren eigentlichen Zweck zu retten? Wir wollen nicht hoffen, daß man beim NWDR öffentliche Gelder als herrenlose Gelder betrachtet.

Gegen einen leitenden Mitarbeiter des NWDR-Senders Köln wird seit Wochen in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben, er habe sich gewaltige Nebeneinnahmen an Tantiemen -wiederum aus den Hörergebühren- verschafft, indem er seine Dienststellung ausnutzte, um seine Schläger vom Kölner Sender bevorzugt übertragen zu lassen. Von sozialdemokratischer Seite wurde daraufhin mit aller Schärfe im Hauptausschuss des NWDR eine beschleunigte Untersuchung verlangt. Sie soll Klarheit über diese Vorwürfe schaffen, die die Öffentlichkeit in erster Linie wegen der Befürchtung, ihre Hörergebühren seien missbraucht worden, interessieren. Seit diese Forderung auf eine klärende Untersuchung an den NWDR gestellt wurde, sind Wochen vergangen. Was hat die Leitung des NWDR seither in Köln festgestellt? Prof. Raskop gab eine Erklärung ab; eine Erklärung, die in der Feststellung gipfelte, dass "Schlagermusik eine Wissenschaft für sich sei."

Mit Verschleppungen in diesem, mit Kompetenzhinweisen in jenem, mit Witzeleien in einem dritten Fall lässt sich der Rundfunk, der, von der Allgemeinheit finanziert, auch im Dienste der Allgemeinheit geleitet werden sollte, nicht führen. Die Verantwortlichen beim NWDR sollten dies endlich begreifen.

Attacke gegen den "Gomulkaismus"

Die Machthaber im Krenl sind mit dem Fortschritt in der Bolschewisierung Polens seit langem nicht zufrieden. Das wurde zuerst in der Ernennung des Sowjetmarschalls Rokossowaki zum Oberbefehlshaber der polnischen Armee weithin sichtbar. Seit Jahresbeginn hat nun aber auch die polnische KP-Führung - zweifellos auf Anweisung des moskowitzischen Politbüros - einen verstärkten Kampf gegen die im polnischen Volke noch recht starken antibolschewistischen Tendenzen eingeleitet. Er gilt dem "Gomulkaismus", denn er ist vor allem ein Kampf gegen den früheren stellvertretenden kommunistischen Ministerpräsidenten Wladislaw Gomulka.

Gomulka, einer der aktivsten Führer der polnischen Untergrundbewegung während des Krieges, wurde im August 1948 aus der polnischen KP ausgestossen. Er ist als konsequenter Verteidiger der These, daß Polen "einen nicht bolschewistischen Mittelweg finden würde, auf dem der Sozialismus in Polen sich in einer höheren und stärker individualisierten Weise entwickeln könnte als in der Sowjet-Union", das Opfer dieser seiner immerhin dreijährigen Regierungspolitik geworden. Nach seiner Meinung ist diese Politik erst nach der "Fusion der Kommunisten und Sozialisten" im Dezember 1948 aufgegeben worden. Sein Glaube an diese These wird heute noch von weiten polnischen Volkskreisen geteilt.

Innerhalb der letzten Monate hat sich aber, wie sich aus einem Warschauer Sonderbericht der "New York Herald Tribune", den wir hier im wesentlichen folgen, ergibt, ein vollständiger Wechsel in der Regierungspolitik vollzogen. Zwar behielt der ehemalige Kommunist Gomulka trotz der vielen gehässigen Reden, die gegen ihn gehalten werden, seine Freiheit und sogar sein Amt als Vizegräsident der "Staatlichen Kontrollbehörde". Diese großzügige Duldung eines "Titoisten" in einem Regierungsamt hat in Warschau überrascht, umso mehr, als von dem Mitglied des polnischen Politbüros, Oberst Ramon Zambrowski, bei der Eröffnung der neuen Parteihautschule zum Ausdruck gebracht wurde, der "Gomulkaismus" beflecke die Partei. Zam-

browski kündigte weiter an, dass die Zahl der Parteschulungsstätten von 10 auf 52 erhöht werden würde. Einer der Hauptgründe hierfür sei die Bekämpfung und Ausmerzung aller Verteidiger des "Gomulkaismus", als der "Verteidigung einer falschen, von der sowjetischen Auffassung abweichenden sozialistischen Theorie."

Allgemein wurde in Warschau angenommen, dass Gomulka nach dieser verschärften Propaganda gegen ihn zu den Angeschuldigten des in diesem Monat beginnenden Untersuchungsverfahrens à la Rakj gehören würde. Der polnische Regierungswracher, General Victor Grosz, hat jedoch erklärt: "Ein Untersuchungsverfahren gegen Gomulka ist nicht beabsichtigt. Es hat sich keine Verbindung zwischen Gomulka und Kostoff feststellen lassen, so daß kein Grund vorliegt, ihn vor ein Gericht zu stellen, es sei denn, daß wir künftig eine solche Verbindung entdecken."

Der wahre Grund für die Zurückhaltung dürfte aber die immer noch bestehende ausserordentliche Popularität Gomulkas unter der polnischen Arbeiterschaft sein, die in ihm nach wie vor ihren ersten Helfer und Führer nach der Befreiung Polens von der Naziherrschaft sieht. Auf die Dauer aber wird die Regierung kaum gewillt sein, in ihren Reihen einen Mann zu dulden, der Sammelpunkt und Verkörperung sowjetfeindlicher Gedanken ist. Man wird einen Anlass abwarten und man wird ihn finden, wenn es darauf ankommt, wieder einmal einen Sündenbock für das eigene Versagen auf welchem Gebiet immer dem enttäuschten Volke zu präsentieren.

 Berlin-Ost ist nicht die Ostzone

sp. Im Berliner Ostsektor haben im Bezirk Franzlauer Berg die Verordnungen aller Lehrer auf die Verfassung der "Regierung

Pieck-Ulbricht" begonnen. In Kürze werden alle Lehrer der Ostberliner Schulen auf die "Verfassung" den Treueid geleistet haben.

Andere Berufsgruppen sollen unter Vorantritt der Ärzte unmittelbar folgen.

Diese Bedrohung der Gewissensfreiheit der Ostberliner Lehrer-

schaft ist eine Angelegenheit, die ganz Berlin angeht. Es ist die Aufgabe des rechtmäßig gewählten Berliner Stadtparlaments, den bedrängten Menschen im Berliner Ostsektor die notwendige moralische Unterstützung zukommen zu lassen. Der von ihnen verlangte Eid ist rechtswidrig, weil er erzwungen wird und weil die "Verfassung der Ostzonen-Republik" im Raum von Gross-Berlin gar nicht wirksam sein kann. Gross-Berlin untersteht offiziell noch immer der im Potsdamer Abkommen festgelegten Viermächte-Kontrolle und besitzt eine von allen vier Mächten anerkannte vorläufige Verfassung. Schließlich fehlt der Pieckschen Verfassung bisher jede Legitimierung durch ein rechtsgültiges Mandat des Volkes.

Es ist daher anzunehmen, daß das Westberliner Stadtparlament sich auf einer seiner nächsten Sitzungen mit dem Treueeid auf die Piecksche Verfassung beschäftigen und im Interesse der Betroffenen erklären wird, daß alle derartigen Eide null und nichtig sind. Es wäre wünschenswert, daß sich die Bundesorgane in Bonn und die westalliierten Kontrollmächte dann hinter diesen Protest stellen, um ihm den nötigen Nachdruck zu verleihen.

- - - - -

Die eine Stimme vor 50 Jahren

- - - - -

SP. Am 27. Januar 1950 wird Erdmann Kühne, wohnhaft in Bendorf-Sayn, 80 Jahre alt - an sich gewiss kein Anlass, davon über seinen engeren Lebenskreis hinaus Notiz zu nehmen. Aber mit diesem Geburtstag hat es seine eigene Bewandnis und der Unterbezirk Koblenz der SPD macht darauf aufmerksam:

Kühne ist am 15. Juli 1888, also 18jährig, in die SPD eingetreten und hat ihr seitdem ununterbrochen angehört. Bei einer Wahl im Jahre 1900 wurde im Stadtteil Sayn, in dem Kühne heute noch wohnt, eine einzige SPD-Stimme abgegeben - seine. Heute hat die SPD in Bendorf/Sayn die Mehrheit und einen sozialdemokratischen Bürgermeister. Das ist, so scheint uns, wirklich ein Anlass, Erdmann Kühne für seine Treue zu danken und ihr herzlich Glück zu wünschen.

- - - - -

Verantwortlich: Peter Raunau